

Erste Nahost-Bürgermeisterkonferenz in der Stadt Köln:

Kommunale Allianzen für Frieden im Nahen Osten

Während die offiziellen Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina einmal mehr auf der Stelle treten, trafen sich vom 29. November bis 1. Dezember 2011 in Köln etwa 90 Bürgermeister und führende Repräsentanten israelischer, palästinensischer und europäischer Kommunen sowie Experten und Regierungsvertreter, um sich über praktische Kooperationserfahrungen sowie Potenziale und Perspektiven der Zusammenarbeit auszutauschen, neue Städtekooperationen zu verabreden und gemeinsam nach Wegen zu suchen, den Nahostfriedensprozess auf lokaler Ebene zu fördern.

Ein Beitrag von
Frieder Wolf

Organisiert wurde die [„Cologne Mayors' Conference Euro-Middle East City-to-City Cooperation“](#) von der Stadt Köln, den beiden Kommunalverbänden Israels und Palästinas „Union of Local Authorities in Israel“ (ULAI) und „Association of Palestinian Local Authorities“ (APLA), dem Deutschen Städtetag sowie dem 2005 gegründeten und von APLA und ULAI gemeinsam getragenen Netzwerk „Municipal Alliance for Peace in the Middle East“ (MAP), das über das Komitee „Städtediplomatie“ in die Strukturen des kommunalen Weltverbandes „United Cities and Local Governments“ (UCLG) integriert ist. Finanziert wurde sie von der Stadt Köln, dem niederländischen Kommunalverband „VNG International“ und der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Europäische Kommission und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hatten eine Förderung abgelehnt. Weitere Partner bei der Vorbereitung waren die Deutsche und die Französische Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), „Cités Unies France“ sowie das „Standing Committee for the Euro Mediterranean Partnership of Local and Regional Authorities“ (COPPEM).

Drei Jahre intensiver Vorbereitung waren dem Bürgermeistertreffen vorausgegangen. Bereits 2008 hatten sich APLA und ULAI



Der Bürgermeister von Köln Partnerstadt Bethlehem, Dr. Victor Batarseh, trug sich ins Gästebuch der Stadt Köln ein

an die Stadt Köln gewandt und die Durchführung einer solchen Konferenz angeregt. Dass sie stattfinden konnte, ist zuallererst der Entschlossenheit und Beharrlichkeit dieser beiden Verbände zu verdanken, die allen politischen Widrigkeiten und der lange unsicheren Finanzierung zum Trotz an der Idee festhielten. Politische Unterstützung erfuhr sie durch das Auswärtige Amt, insbesondere durch Dr. Werner Hoyer, den damaligen Staatsminister und jetzigen Präsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), die israelische Botschaft sowie die Spitzen der palästinensischen Autonomiebehörde, Präsident Mahmud Abbas und Premierminister Salam Fayyad. Beide sprachen sich im Vorfeld für Kooperationen zwischen palästinensischen, israelischen und europäischen Kom-

Zum Autor:

Frieder Wolf ist Leiter des Büros für internationale Angelegenheiten im Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Köln.

munen aus. Beide befürworteten ausdrücklich die Durchführung der Kölner Konferenz.

Seit 1960 pflegt die Stadt Köln enge und freundschaftliche Beziehungen zur Stadt Tel Aviv und seit 1996 zur Stadt Bethlehem. Beide Partnerstädte waren bei der Konferenz hochrangig vertreten: Bethlehem durch Bürgermeister Dr. Victor Batarseh und Tel Aviv durch die Vorsitzende des Stadtrates, Yael Dayan. Beide haben maßgeblich zum Erfolg der Kölner Konferenz beigetragen. Es waren nicht zuletzt diese städtepartnerschaftlichen Beziehungen und das über Jahre gewachsene gegenseitige Vertrauen, die diese Konferenz überhaupt erst möglich machten.

Das Bürgermeistertreffen begann mit einem israelisch-palästinensischen Runden Tisch, an das sich am zweiten Tag ein Forum mit den europäischen Partnern anschloss, darunter auch die Kölner Partnerstädte Barcelona, Lille und Istanbul. Sachkundig und umsichtig moderiert von Jeremy Smith, dem ehemaligen Generalsekretär des Europäischen RGRE und jetzigen Direktor von „Advocacy International“, war die Konferenz von großer Offenheit, Kooperationsbereitschaft und innovativer Pragmatik geprägt.

Israelisch-palästinensisches Bürgermeister-Netzwerk

Ein konkretes Resultat der Konferenz ist die Gründung eines israelisch-palästinensischen Bürgermeister-Netzwerks, das die Durchführung bilateraler Städtekooperationen unterstützen und Lösungen für die dringenden, den kommunalen Alltag auf beiden Seiten bestimmenden Probleme finden soll. Es hat zum Ziel, die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu verbessern und die Verbindungen zwischen israelischen und palästinensischen Kommunen zu vertiefen und auszuweiten. Koordiniert wird das mitgliederoffene Netzwerk von einem Lenkungskreis, der sich aus je zwölf Bürgermeistern beider Seiten zusammensetzen und vierteljährlich treffen wird. Die organisatorische Unterstützung erfolgt durch das beim Jerusalemer Büro des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) angesiedelte MAP-Sekretariat.

Vereinbart wurden zahlreiche bi- und trilaterale Städtekooperationen in den Feldern lokaler und internationaler Tourismus, Umweltschutz und -bildung, Wasser (zum Beispiel Reinigung des Flusses Kishon als Projekt der Kommunen Jenin, Gilboa, Haifa und Mannheim; Kläranlage im Regierungsbezirk Bethlehem), Ferien- und Freizeitprogramme



für Kinder, Jugendaustausch, Erfahrungsaustausch zwischen kommunalen Bediensteten und Führungskräften sowie Friedenserziehung. Der Lenkungskreis wird darüber hinaus Kooperationsmöglichkeiten in anderen angesprochenen Feldern klären wie etwa Gleichstellung, Wirtschaftsförderung und Katastrophenschutz. Weitere trilaterale Städtekooperationen sollen analog zum Modell Bethlehem-Köln-Tel Aviv entwickelt werden.

Anlässlich der kürzlich erfolgten Aufnahme Palästinas in die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) regte Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters etwa einen praxisorientierten Erfahrungsaustausch der drei Weltkulturerbe-Städte an: Köln mit dem Dom und Tel Aviv mit der Weißen Stadt sind es bereits; Bethlehem wird es mit der Geburtskirche vermutlich bald werden.

Folgekonferenz in der Türkei

Die Folgekonferenz soll in der Türkei stattfinden. Darauf haben sich Oberbürgermeister Jürgen Roters und Kadir Topbas, Oberbürgermeister der Kölner Partnerstadt Istanbul und Präsident des kommunalen Weltverbandes UCLG, anlässlich dessen Köln-Besuchs im November 2011 verständigt. Die Bereitschaft der Stadt Istanbul und des türkischen Kommunalverbands, der von APLA und ULAI gestarteten Initiative nach der Kölner Konferenz den nächsten Schritt folgen zu lassen, unterstreicht die wichtige Rolle, die türkische Kommunen auch und gerade in der europäisch-nahöstlichen Städtekooperation spielen.

Trilaterales Jugendforum

Begleitet wurde die Veranstaltung von einem nicht minder wegweisenden [Treffen](#) zwischen Studierenden der Katholischen

Die Vorsitzende des Rats der Stadt Tel Aviv, Yael Dayan, trug sich im Beisein von Dr. Stephan Articus vom Deutschen Städtetag, Yael Dayan, NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans, Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters, Bürgermeister Victor Dr. Batarseh, Bürgermeister Moshe Sinai und Frode Moring von UNDP-PP ins Gästebuch der Stadt Köln ein (v. links)

Hochschule in Köln und den Universitäten Bethlehem und Tel Aviv. Auch das war eine Premiere, denn bis dahin hatten die Kölner Studierenden ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen jeweils nur separat getroffen. Unter den Stichworten Zivilgesellschaft, Partizipation, Mobilität und Arbeitsmöglichkeiten erarbeiteten sie gemeinsam Visionen für den Nahen Osten 2025 und präsentierten diese in beeindruckender Art und Weise zu Beginn der Bürgermeisterkonferenz.

Freundschaften seien zwischen Menschen entstanden, die sich sonst nie begegnet wären, so Professor Josef Freise, der das Treffen auf Kölner Seite mit organisierte. „Ich habe vorher noch nie mit einem Palästinenser aus der Westbank gesprochen“, erklärte eine israelische Studentin. „Das hier war nur ein erster Schritt. Die wirkliche Reise beginnt, wenn wir wieder zu Hause sind“, sagte eine andere Stimme. „Warum machst Du bei einem so aussichtslosen Unterfangen mit“, war ein Israeli zu Hause gefragt worden. Seine Antwort gab er am Ende des Jugendforums den anderen Begegnungsteilnehmern so: „Ich weiß jetzt, warum es sich gelohnt hat: Ihr habt mir die Hoffnung zurückgegeben.“

Kommunale Allianzen für den Frieden

Wenn sich Kommunen trotz des jahrzehntelangen Versagens der internationalen Staatendiplomatie aufmachen, lokale Friedensallianzen im Nahen Osten zu schmieden, ist das nicht vermessen, sondern Ausdruck erfahrungsgesättigten Selbstbewusstseins. Städtepartnerschaften sind auf ihre spezifisch kommunale Art politisch. In ihrer Offenheit unterscheiden sie sich sowohl von den Ritualen und Zwängen der großen Politik als auch von Projekten der Nichtregierungsorganisationen, die an die alltagspraktische Vielfältigkeit städtepartnerschaftlicher Begegnungen nicht heranreichen können. Städtepartnerschaften verbessern die konkrete Lebenssituation von Menschen. Sie bewegen sich in der Mitte der Gesellschaft und finden auf Augenhöhe statt. Eben das zeichnet sie aus.

Städtepartnerschaften und Städtediplomatie können so auch dazu beitragen, Brücken der Verständigung zu bauen, Feindbilder abzubauen sowie mentale und reale Mauern zu überwinden. Sie sind ein unverzichtbarer Beitrag zum Krisenmanagement, der Keime von Konfliktlösung in sich trägt.

Es ist an der Zeit, dieses spezifische Potenzial noch stärker für die Zusammenarbeit



Studentinnen und Studenten der Katholischen Hochschule in Köln und den Universitäten Bethlehem und Tel Aviv trafen sich in Köln zu einem trilateralen Jugendforum

zwischen und mit Kommunen im Nahen Osten zu nutzen. 98 Städtepartnerschaften und -freundschaften zwischen deutschen und israelischen Kommunen zählt die Datenbank der deutschen RGRE-Sektion. Sie unterstreichen die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern, die nach der Vernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland immer besondere bleiben werden. Es wäre deshalb zu wünschen, dass die Zahl dieser Städtepartnerschaften weiter wächst.

Wer Israel unterstützen und verstehen will, kommt aber letztendlich an der Wirklichkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten und der sich wandelnden Komplexität des Nahen Ostens nicht vorbei. Das dauerhafte Existenzrecht Israels setzt die Anerkennung der Zweistaatenlösung und gute nachbarschaftliche Beziehungen voraus. Das ist im Übrigen auch die in Umfragen immer wieder bestätigte mehrheitliche Meinung der Menschen in Israel und Palästina. Städtekooperationen können diesen Wunsch praktisch werden lassen.

Die Kölner Bürgermeisterkonferenz war auch deshalb ein Erfolg, weil sich die Teilnehmer auf ihr ureigenes kommunales Mandat konzentrierten. Ohne die politischen Kon-

Infos

Informationen der Stadt Köln zur Nahost-Bürgermeisterkonferenz:

☞ <http://www.stadt-koeln.de/en/7/00292/>

Bericht der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen zum trilateralen Jugendforum:

☞ <http://www.katho-nrw.de/katho-nrw/hochschule/presse-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilungen/artikel/datum/2011/12/01/erste-trilaterale-deutsch-israelisch-palaestinensische-studentenbegegnung-macht-hoffnung/>

fliktlinien auszublenzen, vermieden sie die Falle, sich in Fragen der so genannten großen Politik zu verheddern, die ohnehin anderswo zu entscheiden sind. Sie taten stattdessen, was Aufgabe von Bürgermeistern ist: Sie diskutierten gemeinsame lokale Probleme, suchten nach Lösungen und vereinbarten praktische Kooperationen.

Politische Grundlage der Kölner Konferenz bildete die 2003 zwischen APLA, ULAI und den beiden UCLG-Vorgängerverbänden in Den Haag unterzeichnete „Wittenberg Erklärung“, die in Köln ausdrücklich bekräftigt wurde. Sie unterstreicht die spezifische Rolle und Verantwortung von Kommunen für Verständigung und Zusammenarbeit im Nahen Osten. Sie verurteilt Gewalt und Terror, anerkennt die Zweistaatenlösung und fordert die Kommunen zugleich auf, sich aktiv für eine Beendigung der Besetzung einzusetzen.

Immerhin vier Städtepartnerschaften zwischen deutschen und palästinensischen Kommunen listet die RGRE-Datenbank inzwischen auf. Das ungewollte Kölner Alleinstellungsmerkmal, einzige deutsche Stadt mit kommunalen Beziehungen nach Palästina zu sein, gehört seit dem letzten Jahr nämlich endlich der Vergangenheit an. 2011 schlossen Bergisch-Gladbach und Jena jeweils eine Städtepartnerschaft mit Beit Jala und Xanten mit Beit Sahour. Alle drei Städte sind darüber hinaus auf der Suche nach geeigneten Partnerkommunen in Israel. Beit Jala und Beit Sahour sind die zwei großen Nachbarstädte Bethlehems. Die vier deutschen und die drei palästinensischen Kommunen haben sich deshalb in Köln vorgenommen, neben den jeweiligen bilateralen Aktivitäten gemeinsam die kommunale Infrastruktur der Region Bethlehem zu stärken. Hinzu kommen niederländische Kommunen, die ebenfalls

enge Kontakte in die Region Bethlehem pflegen. Ein erstes deutsch-niederländisches Koordinationstreffen findet in den kommenden Monaten in Jena statt.

Schon jetzt hat die Kölner Konferenz der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den im Nahen Osten engagierten europäischen Kommunen neuen Schwung verliehen. Der Deutsche Städtetag erwägt, der MAP-Initiative beizutreten, die so um die reichhaltigen Erfahrungen und das Potenzial deutsch-israelischer und deutsch-palästinensischer Städtepartnerschaften bereichert würde. Ein Treffen der deutschen und französischen Städte, die Partnerschaften im Nahen Osten haben, ist geplant. Und der Europäische RGRE will versuchen, die verschiedenen Netzwerke zu einem gemeinsamen Treffen nach Brüssel einzuladen.

„Das ist ein positives Signal für die Friedensbemühungen zwischen Israelis und Palästinensern. Friedensverträge werden zwar zwischen Regierungen verhandelt und unterzeichnet. Sie können aber nur durch die Völker mit Leben erfüllt und realisiert werden. Wie auch Demokratie nur dann stabil sein kann, wenn sie von unten wächst, so kann auch Frieden nur dann von Dauer sein, wenn durch zwischenmenschliche Begegnungen Vertrauen wächst. Und genau dazu hat das internationale Treffen von kommunalen Vertreterinnen und Vertretern einen entscheidenden Beitrag geleistet“, fasste Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters die positiven Ergebnisse der Bürgermeisterkonferenz beim offiziellen Empfang zusammen. Es bleibt zu hoffen, dass auch die offizielle deutsche Entwicklungspolitik das Potenzial grenzüberschreitender Städtekooperationen im Nahen Osten endlich erkennt und dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellt. ■

Tagung zu deutsch-türkischen Städtepartnerschaften

Dokumentation erschienen



Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und die Heinrich-Böll-Stiftung hatten am 6. und 7. Juni 2011 zu einer Tagung nach Nürnberg eingeladen, bei der sich Vertreterinnen und

Vertreter deutscher Kommunen trafen, die Partnerschaften und Freundschaften mit türkischen Kommunen pflegen. Zu der Tagung „Deutsch-türkische Städtepartnerschaften: Bestandsaufnahme

und Entwicklungsmöglichkeiten“ ist nun eine Tagungsdokumentation erschienen. Sie enthält eine zusammenfassende Analyse der Tagungsergebnisse, die Auswertung einer Umfrage zu den deutsch-türkischen Partnerschaften sowie einen Beitrag von Claudia Roth, Mitglied des Bundestages und Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe. Weiterführende Hinweise und Links zu Städtepartnerschaften im Anhang runden die Dokumentation ab.

Dokumentation zur Tagung

„Deutsch-türkische Städtepartnerschaften“:

► http://www.rgre.de/uploads/media/2011_dokumentation.pdf